

Bezugspreis:

Bestellfrist 25. 30. 35. monatlich 8.50 Mtl. frei ins Haus, portofrei, halbjährlich 45.00 Mtl., vierteljährlich 22.50 Mtl., einzeln 1.00 Mtl.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Reiz“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Verlagsadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 28. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-51.

Selbstmobilmachung des Offizierkorps

Der Nationalverband Deutscher Offiziere hielt am gestrigen Nachmittag in seinen Geschäftsräumen, Kurfürstenstr. 125, eine Versammlung ab, zu der ehemalige Offiziere die nachstehende Einladung erhalten hatten. Es waren ungefähr 300 Herren anwesend, darunter auch Oberste und Generale in Zivil. Ferner war zugegen ein Herr vom Reichswehrministerium. Die Versammlung wurde geleitet von Oberleutnant Wolfenthein. Der Versammlungsleiter wies in seiner Ansprache darauf hin, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre, wo die Kommunisten alles daran setzen würden, um die politische Macht in ihre Hände zu bekommen. Ein für die Rechtsparteien günstiges Wahlergebnis würde einen Putz der Kommunisten zur Folge haben. Es gelte alles daran zu setzen, um einem derartigen Putz mit Waffengewalt zu begegnen. Hierzu sei vor allem notwendig, daß sich sämtliche ehemaligen Offiziere zur Verfügung stellen. Die Herren würden zu Offizierskompagnien vereinigt, einem Schutzbataillon Berlin angeschlossen werden. Sobald von einer amtlichen Stelle die Aufforderung ergehe oder die Umstände es gebieten erscheinen ließen (1), hätten sich die Herren in Uniform ohne Aushilfsstücke nach der Oberfeuerwerkerstraße in der Invalidenstrasse zu begeben. Hier würde dann die weitere Verteilung vorgenommen werden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß in der Nacht vom 2. zum 3. Juni von radikaler Seite Offizierspogrome beabsichtigt seien und zwar kämen hierfür Offiziere in Frage, die sich während des Krieges an prominenter Stelle befunden hätten. Nach Schluß der Versammlung hatten sich die Teilnehmer in bereitgelegte Listen einzutragen, die von anwesenden hochadligen Damen geführt wurden. In

den Listen mußte angegeben werden, als was sich der Betreffende zur Verfügung stelle.

Die Einladung hat folgenden Wortlaut:

Nationalverband Deutscher Offiziere. Berlin B. 62, Kurfürstenstr. 125. Holtenhof 2043.

Berlin, den 26. Mai 1920.

Ihre persönlichen Interessen stehen auf dem Spiel. Wir bitten Sie daher dringend zu einer persönlichen Rücksprache am Donnerstag, den 27. Mai, 5.30 Uhr nachm., in unseren Geschäftsräumen, Kurfürstenstr. 125, unbedingt erscheinen zu wollen.

Mit treudeutschem Gruß

Nationalverband Deutscher Offiziere.

Der Geschäftsführer Lt. E. Graf v. Gdrtz, Major a. D.

Der Herr vom Reichswehrministerium hat wohl in seinem eigenen Auftrag gehandelt, seine Persönlichkeit wäre sofort festzustellen.

Es ist eine dreiste Annahme, wenn sich die Herren unterfangen, aus eigenem Antrieb eine Mobilmachung gegen einen angeblich drohenden Linksputsch ins Werk zu setzen. Käme es zu einem solchen Putz — aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß er von niemandem gewollt ist als von den Offiziersverschöndern selbst —, so wäre es Sache der Regierung, den Zeitpunkt der Gegenaktion zu bestimmen und die für sie in Betracht kommenden Kräfte in Bewegung zu setzen.

Die Absicht ist vollkommen klar: Man will unter dem Verwand eines Linksputsch den neuen militärischen Rechtsputz ins Werk setzen. Die Urheber dieses schändlichen Planes müssen dingfest gemacht werden, bevor es zu spät ist!

Die verfehlte Kriegspolitik.

Akten und Dokumente.

Immer wieder muß in diesem Wahlkampf darauf hingewiesen werden, daß die Niederlage und der Zusammenbruch allein eine Folge der blödsinnigen Kriegspolitik der alldeutschen Militärs waren. Sie verachteten den rechtzeitigen Verständigungsfrieden, der möglich war, solange Deutschland noch nicht am Ende seiner Kräfte stand, und trieben ein militärisches Babauquepiel, in dem die Kräfte des deutschen Volkes restlos ausgepumpt wurden, so daß es schließlich völlig ermattet zusammenbrechen mußte.

Die Deutschnationalen versuchen immer wieder, diese geschichtlichen Zusammenhänge zu vertuschen. Sie werden jetzt in klarer Weise an der Hand urkundlichen Materials zusammengestellt in einer kleinen Schrift, „Vier Jahre verfehlte Kriegspolitik“, die der Zentralverlag G. m. b. H., Berlin, Luisenstr. 31, herausgibt. Aus dem unividerleglichen dokumentarischen Material dieser Schrift greifen wir einen Absatz heraus, der zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit der uneingeschränkte U-Boot-Krieg begonnen wurde, der den Eintritt Amerikas in den Krieg nach sich zog. An Warnungen hat es damals nicht gefehlt. So schrieb der damals in Amerika weilende deutsche Unterstaatssekretär Albert in seiner Denkschrift vom 6. November 1916:

Hiernach würde ich eine Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges als ein nationales Unglück ansehen, das letzten Endes uns unterliegen Deutschlands führen könnte.

Benige Tage später, am 10. November 1916 berichtet der Vorkontrollrat von Daniel aus Washington u. a. folgendes:

Offenbar schätzt man in England die Gefahr des rücksichtslosen U-Boot-Krieges bedeutend geringer ein, als die Vorteile, Amerika auf Seiten der Allierten zu ziehen.

Dieses Schriftstück hat, wie ein handschriftlicher Vermerk Ludendorffs beweist, diesem vorgelegen. Er hat aber die Warnung in den Wind geschlagen.

Der ganz im Sinne Ludendorffs arbeitende Chef der Nachrichtenabteilung Major Nicolai aber verbinderte, daß solche Warnungen in die deutsche Presse gelangten.

Durch den U-Boot-Krieg wurde die von Wilson eingeleitete Friedensaktion durchkreuzt. Noch in letzter Minute suchte Graf Bernstorff, der deutsche Vorkontrollrat in Washington, das Unheil zu verhindern. Am 27. Januar 1917 noch telegraphierte er an Bethmann:

Krieg unvermeidlich bei beachtlichem Vorgehen. Wilson wird diese Erklärung als Schlag ins Gesicht empfinden.

Am 28. Januar 1917 hat Bernstorff in einem Telegramm, man möge trotz aller Skepsis den U-Boot-Krieg aufschieben, da Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe.

Auf die erste Depesche ließ der Kaiser an Zimmermann telegraphieren:

S. W. bemerkt, daß Allerhöchstdieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensaktion legen. Falls der Bruch mit Amerika unvermeidbar ist, so ist das eben nicht zu ändern.

„Falls der Bruch mit Amerika unvermeidlich ist, so ist das eben nicht zu ändern!“ Mit dieser leichtsinnigen Handbewegung wurde von dem allmächtigen, niemand verantwortlichen Deutschen Kaiser das deutsche Volk aus der Reihe der großen Völker der Erde — man weiß nicht für wie lange — ausgeschlossen.

In den späteren Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß erklärt Bernstorff:

In allen meinen Berichten habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß der U-Boot-Krieg die Amerikaner in den Krieg ziehen würde. Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß aus der Wilsonschen Friedensvermittlung ein Friede hervorgegangen wäre. Für mich handelte es sich nicht um die Person Wilsons, sondern um die Tatsache, daß die Entente uns ohne die amerikanische Hilfe hätte niemals besiegen können.

Vor demselben Untersuchungsausschuß berichtet Graf Bernstorff am 23. Oktober 1919 über eine Unterredung, die er mit Ludendorff am 4. Mai 1917 hatte:

General Ludendorff empfing mich mit den Worten: „Nun Sie wollen ja in Amerika Frieden machen! Sie dachten wohl, wir wären zu Ende!“ Darauf habe ich erwidert: „Nein, ich glaube nicht, daß wir zu Ende wären, aber ich wollte den Frieden machen, ehe wir zu Ende wären.“ Darauf Ludendorff: „Ja, aber wir wollten nicht, und außerdem werden wir jetzt durch den U-Boot-Krieg die Sache in drei Monaten beendigen.“

Wie Ludendorff die Sache beendigt hat, wissen wir. Sein Kriegspresseamt gab freilich eine Schrift heraus, die mit den Worten schließt, daß England „in der Erkenntnis seines unentzerrbaren Schicksals auf den Frieden werde eingehen müssen, dem wir ihm vorzuschreiben“. Das war zu einer Zeit, als alle Einsichtigen längst erkannt hatten, daß der U-Boot-Krieg ein Fehlschlag war. Aber noch am 16. Januar 1918 verkündete von der Tribüne des Reichstages

Welfen als Putzisten.

Unser Parteiblatt in Hannover, der „Vollwille“, beginnt soeben mit der Veröffentlichung von Dokumenten über die Tätigkeit der Welfischen Legion, die in Hannover an der Wiederherstellung des Adigtums unter dem Herzog von Cumberland arbeitet.

Daneben besteht die Welfische Legion aus 12 Kompanien, zu denen noch eine Nachrichten- und eine Sturmkompanie hinzukommen. An der Spitze des Stabes stand der Rittmeister von Quäber, der Waffen und Munition beschaffte, und zwar in solchen Mengen, daß Schwierigkeiten entstanden, sie unterzubringen. Die Absicht, für jeden Mann ein Gewehr zu verabsorgen, mußte geändert werden, und es bekam jeder Mann so viele Gewehre, wie er glaubte sicher unterbringen zu können. Manche nahmen 25 bis 30 Gewehre mit in ihre Wohnung. In gleicher Weise wurde das Land mit Waffen versehen, so daß schätzungsweise etwa 30000 Gewehre von der Welfenlegion ausgegeben worden sind.

Für den Dienst in der „Legion“ wurden Erinnerungsmedaillen verliehen. Die Medaille trägt das Bildnis des Herzogs von Cumberland und seiner Frau und ist zur Erinnerung an die Feier der silbernen Hochzeit als Agitationsmaterial für die Welfen im Auftrag des Herzogs geprägt worden. Das „Welfen-Segenis“ über die Medaille wurde mit dem Stempel der hannoverschen Legion versehen und unterschrieben „von Quäber, Rittmeister und Führer der hannoverschen Legion.“

Besonders lebhaft war die Legion in den Tagen des Kapp-Putsch. Da glaubte man wahrlich die Zeit für Cumberland gekommen. Der folgende „Stabsbefehl“ spricht Bände:

Am 15. 3., 2 Uhr nachmittags: Situation für uns günstig; denn die blaue Polizei steht auf unserer Seite, ebenso die Sicherheitspolizei. Die Reichswehr steht zum großen Teil auf unserem Boden, der Rest mit Gewehr bei Fuß. Verhandlungen bei der auswärtigen Reichswehr schweben, stehen für uns äußerst günstig. Rohstoffe sind genügend vorhanden, um die Industrie aufrechtzuerhalten, und die Verpflegung ist eine vorzügliche; Garantien sind für beides gegeben. Within ist ein günstiger Moment zur Selbständigmachung. Die Haltung im Lande ist vorzüglich. Alles wartet mit Spannung auf Hannover. Mecklenburg, Bayern und die Reichswehr in Sachsen halten zu Kapp. Preußen hat genug mit sich zu tun und wird hier keine große Truppenmacht verwenden können. Den Arbeitern werden die bisherigen Errungenschaften gewahrt. Darum auf, treudig ans Werk, jeder tue seine Pflicht, dann muß das Werk gelingen. . .

Sie fühlten sich also ganz sicher. Und nur die sozialdemokratische Arbeiterkraft machte ihnen noch Kopfschmerzen. Deshalb schämte man sich nicht, dem Oberbürgermeister von Hannover, unserem Genossen Leinert, einen „Gesellschaftsvertrag“ auf folgender Grundlage anzubieten:

„Herr Leinert, wenn wir, beide Parteien, zusammengehen, dann haben wir die Mehrheit in Hannover, und dieser kann sich niemand widersetzen. Sie können dann Ministerpräsident in Hannover werden.“

Bei der Sozialdemokratie sind die Partikularisten abgeklit und werden sie immer abklit. Im übrigen aber sind sie eifrig am Werk, um die deutsche Einheit zu zerschlagen und die deutsche Freiheit zu zertrümmern. Ob sie Bayern oder Preußen, Hannover oder „Mitteländer“ heilen — es ist immer die Reaktion, die hinter dem Partikularismus steht.

Gute Aussichten in Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 27. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokratische Partei im Agitationsbezirk Hessen-Nassau hat während der beiden Pfingstfeiertage nicht weniger als 800 Wählerversammlungen abgehalten, die trotz des herrlichen Wetters und der ungünstigen Zeitverhältnisse einen starken Besuch aufwiesen und einen geradezu glänzenden Verlauf nahmen. Die Stimmung war für unsere Partei ausgezeichnet, so daß zu hoffen ist, daß der Wahlausgang ein günstiges Ergebnis für die Sozialdemokratische Partei zeitigen wird.

Kanadas Forderungen — 1871 Millionen Dollar!

Ottawa, 27. Mai. (Reuter.) Kanada fordert von Deutschland eine Entschädigungssumme von 1871 Millionen Dollar einschließlich 31 Millionen Dollar wegen Kriegführung mit ungefehligen Mitteln.

Keine Opposition gegen Millerand?

Paris, 27. Mai. Die Kammerausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Finanzen haben heute vormittag Berichte ihrer Mitglieder über die Erklärungen entgegengenommen. Die Ministerpräsident Millerand über die Beratungen von Gythe am letzten Sonnabend gemacht hat. Nach langer Ansprache ist trotz zahlreicher Meinungsverschiedenheiten bei der Mehrheit der beiden Ausschüsse beschlossen worden, der Regierung die schwierigen Verhandlungen, die sie jetzt führt, nicht zu erschweren. Daher hat kein Ausschussmitglied Aufträge erhalten, in die morgige Kammerverhandlung über die auswärtige Politik der Regierung einzugreifen.

Auch Italien, Serbien und Rumänien wehren sich.

London, 27. Mai. (Reuter.) „Evening Standard“ meldet: Italien, Serbien und Rumänien haben darum ersucht, bezüglich der Bezahlung ihrer Schulden an England die gleiche Behandlung zu erfahren, wie sie Frankreich und Belgien in Gythe zugesagt wurde, daß die Bezahlung ihrer Schulden von der Zahlung der Entschädigungen durch Deutschland abhängig sein würde.

Die Lohnabzüge für die Steuererhebung werden, wie wir erfahren, in den einzelnen Betrieben durch die Arbeitgeber ab 25. Juni einsehen.

Landtages der preussische Finanzminister Hergt in seiner Rede dem aufstehenden Volke:

„Wir merken, wie groß unser Feind ist, wenn wir merken, wie die Engländer nach der großen Arme über dem Wasser rufen; die große Arme über dem Wasser kann nicht schwimmen, sie kann nicht fliegen, sie wird nicht kommen.“

Dieser Mann ist heute Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei! Kein Wunder, diese Partei ist ja die moralische Mitschuldige der verheerlichen Kriegspolitik!

Doch Herr Hergt ist schließlich nur ein kleiner Sünder im Vergleich zu seinem Vorleihenossen Helfferich, der jetzt bei den Wahlen die Rolle des Hauptzugpferdes der Deutschnationalen spielt. Herr Helfferich ist der Mann, der erst vor dem U-Boot-Krieg gewarnt und dann zu ihm getrieben hat. In der Verjährungsfristung zu Vlieg am 8. Januar 1917 (vergl. „Vorwärts“ Nr. 265 vom 26. Mai), wo von den höchsten Militärs der entscheidende Schlag beschlossen wurde, um den Widerstand der Zivilregierung gegen den U-Boot-Krieg zu brechen, hat laut Protokoll Admiral v. Holtendorff über Helfferich folgendes verraten:

Staatssekretär Helfferich sagte zu mir: „Ihr Weg führt zur Katastrophe“. Ich erwiderte ihm: „Sie lassen uns in die Katastrophe treiben.“

Wenige Tage darauf bespricht der Vizekanzler Helfferich die von ihm als „Weg zur Katastrophe“ gekennzeichnete Bahn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Wüßlich hatten ihn sogenannte „Sachverständigen“ überzeugt, daß der U-Boot-Krieg in wenigen Monaten England auf die Knie zwingen würde. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß angesichts des Ultimatus der Militärs diesen „starken Mann“ seine Zivilcourage verlassen hat.

Herr Helfferich, jetzt unbefristeter Führer der Deutschnationalen, hat den Weg zur Katastrophe als solchen erkannt — und er ist ihn gegangen!

Die kneisende „Kreuz-Zeitung“.

Sie nimmt die Dolchstoßlegende zurück.

In der „Kreuzzeitung“ hatte vor kurzem ein Herr Kapitän zur See v. Waldeyer-Harz behauptet, die Marine sei im November 1918 durch eine von fremdem Geld angeleitete Propaganda veranlaßt worden, der Arme in den Rücken zu fallen, und der „Vorwärts“ kenne diese Dinge sehr genau, weil er politisch diesen schändlichen Gerüchte nahe gestanden habe.

Um der „Kreuzzeitung“ Gelegenheit zu geben, diese ihre Behauptung öffentlich zu beweisen, erbot ein Mitglied unserer Redaktion Klage wegen Beleidigung, weil in diesen Ausführungen der Vorwurf zu erkennen war, der „Vorwärts“ habe sich an einer von feindlichem Geld gespeisten Propaganda zur Vermürbung des Meeres beteiligt.

Wir hatten nun erwartet, daß die „Kreuzzeitung“ mit Freude die Gelegenheit ergreifen würde, der Öffentlichkeit an der Hand gerichtlicher Zeugenaussagen und nachprüfbarer Dokumente die Beweise für die alldemokratische Agitationsbehauptung zu erbringen, daß die Sozialdemokratie die Front von hinten erdolcht habe. Aber weit gefehlt! In einem langatmigen Schriftsatz zog sich die „Kreuzzeitung“ darauf zurück, daß es ihr ganz fern gelegen habe, dem „Vorwärts“ bezügliche Vorwürfe zu machen und daß ihre Ausführungen von uns total mißverstanden worden seien! Und da die Objektivität preussischer Richter, sofern dies überhaupt noch möglich war, sich seit dem 9. November 1918 noch erheblich gelockert hat, so lehnte das Amtsgericht Berlin-Mitte die Eröffnung des Verfahrens ab, indem es sich den Ausführungen der Beklagten anschloß, daß der Artikel der „Kreuzzeitung“ eine Teilnahme, Förderung oder auch nur Billigung hochverrätherischer Umtriebe zur Vermürbung der Front seitens des „Vorwärts“ nicht behauptet habe. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlichte das Resultat mit allen Zeichen der Freude. Wir verstehen's! Denn die „Kreuzzeitung“ weiß sehr wohl, welche Riesenschamane ihr bevorstehendes hätte, wenn sie die Dolchstoßlegende vor Gericht hätte beweisen sollen.

Ist es aber wirklich ein erhebendes Resultat für die Reaktion,

daß sie bei der ersten Gelegenheit, so sie öffentlich den Beweis für ihre Agitationslegende hätte antreten können, der Tapferkeit besessenen Zell entzückt und mit der Ausrufung, es so nicht gemeint zu haben, — gekniffen hat?!

Seinen Freunden ins Stammbuch.

Ein Deutschnationaler über Antisemitismus.

In seiner Schrift „Antisemitismus“ beschäftigt sich Herr v. Oppeln-Bronikowski, der voller Stolz seine konservativ-deutschnationalen Weltanschauung und seine Ablehnung jeder demokratischen oder gar sozialistischen Tendenz betont, in einer Weise mit dem jüdischen Problem, die seinen deutschnationalen Freunden nicht unangenehm in den Ohren klingen dürfte. Der Antisemitismus rechtfertigt sich bekanntlich mit der Behauptung, daß die Juden „nur“ ein „Gastvolk“ seien und deshalb alle Schmähdungen geduldig ertragen müßten. In dem umgekehrtem Ergebnis gelangt der deutschnationalen Politiker:

„Die Juden sind nach dem antisemitischen Ausdruck ein „Gastvolk“; das Gastrecht aber verpflichtet den Wirt wie den Gast, dem Wirt die Wirtlichkeit zuzupassen, so wird es auch der Gast tun. Dem Wirt ist es schmerzhaft, so ist es Ehrensache des Gastes, gleiches mit gleichem zu vergelten. Er wird sich dann bald so wohl fühlen, daß er vergißt, ein Gast zu sein, daß er bleiben will und aus einem Gaste zum Volks-genossen wird.“

Von psychologisch zutreffender Beobachtung zeugen folgende Worte des Verfassers:

„Das Wüten gegen den jüdischen Geschäftsgewinn kommt mir nicht selten vor, wie das Jeteren einer unterlegenen Firma gegen den „bösen“, siegreichen Konkurrenten. Es ist nicht immer einer Idealismus, der dies Gesehe erhebt, sondern häufig auch der Mangel des schlechteren Geschäftsmannes. ... Nach alledem glaube ich, daß man gegen die jüdischen „Schädlinge“ auch die tatsächlichen jüdischen Leistungen anerkennen muß und daß der Saßo sehr zugunsten der letzteren ausfällt.“

Ueber die Betätigung der Juden in Kunst und Wissenschaft, in der sie nach antisemitischer Legende ganz besonders ihr „gerühmtes“ Wesen zeigen sollen, schreibt v. Bronikowski:

„Wäre der deutsche Dichter, Künstler und Schriftsteller auf die staatsverfallenden rechtsfeindlichen Kreise angewiesen gewesen, er hätte glatt verhungern können!“

Die Charakterisierung, die er seinen deutschnationalen antisemitischen Parteifreunden zuteil werden läßt, wird ihm nicht gerade das Wohlwollen dieser Leute eintragen. Was wird wohl Herr Knüppel-Runze sagen, wenn er folgende Charakteristik liest:

„Eine gewisse Art der Antisemiten zeigt einen erschreckenden Tiefstand geistiger Bildung.“

Einer besonderen Würdigung werden schließlich noch die Junker unterzogen. Der Verfasser schreibt:

„Es ist mir stets unbegreiflich erschienen, wie gerade der Antisemitismus seine zahlreichsten Anhänger in einer christlich betonten Partei haben kann. Ein konsequenter Antisemit müßte mit dem Judentum doch nicht nur das alte, sondern auch das neue Testament verwerfen, wie es der antisemitische Philosoph Eugen Dühring auch tatsächlich getan hat. Aus der gleichen Perspektive heraus empfand der Rocalist Riechke den „christlichen Junker“ als „unheimlichen Begriff.“

Die Schlussworte des Verfassers, die er seinen deutschnationalen Parteifreunden zuruft, nämlich einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und den Juden nicht mehr ihre Schuld vorzumwerfen, da dann auch sie mit Schuldrechnungen lämen, wird umgehört verfallen. Wie so die Schrift des sozialistischen Verfassers, die Deutschnationalen Volkspartei und die ihr geistig eng verwandte Deutsche Volkspartei sind heute zu einem Sumpfpfenge Halb-bildung geworden, aus der kein Mahnruf sie herausführt. Die Deutschnationalen Volkspartei, am an Gedanken und reich an Schlagworten, wird weiter ihre gerühmte und die Volkseinheit untergrabende Sumpfpolitik fortsetzen, bis sie eines Tages, wenn die große Wehrzahl ihrer Anhänger sich angeekelt von ihrem widerigen Treiben, von ihr abwenden wird, an ihrer eigenen Wählerarbeit zugrunde geht.

Heinrich Mann: Macht und Mensch.

Von Dr. Joachim Friedenthal.

Die deutsche Revolution war im bürgerlichen Volke der wilhelminischen Epoche geistig wenig vorbereitet. Die dort die Erde lockern wollten, darin die Saat reifen, künden den härtesten, sprödesten Boden, der je für Freiheit gewachsen. Demokratie galt der Mehrheit des Bürgertums als eine Verfallserscheinung westlicher Hochkultur. Die einzige Freiheit, die dieses klagliche Zwitwerggeschöpf aus Macht und Befähigung, diese Karikatur des Geistes von Untertanentum, und des stolzen Begriffes vom Bürger eines freien Staates begehrt, war die Freiheit, Millionen zu verbienen. Und es war die einzige, die ihm wirklich gern gewährt wurde.

Diese Epoche hatte auf der Höhe ihrer Machtentfaltung einen Schriftsteller, der ein Dichter ist. Aber was er, in Empörung und mutigem Stolz, politisch seinem Volke zu sagen hatte, galt als literarische Utopie. Sein Name ist Heinrich Mann. Von allen seinen literarischen Taten abgesehen: er galt lange Jahre einem getreuen Bähnlein vorwärts drängender Jugend als Kampfruf und Banner auf dem Wege zu menschenwürdiger Freiheit. Indessen ist sein Name (durch die Kraft seiner Werke) weithin bekannt geworden. Und politisch gilt und darf er vielen gelten: als der erste bürgerliche Demokrat echten Geistes im neu aufdämmernden Deutschland.

Er stand abseits und wenig beachtet. Und da er sein Volk und dessen Zukunft mehr liebte als das Kaiserreich in seiner Herrlichkeit schimmernden Wehr, rief er aus der Leidenschaft seines Dergens die aufstrebenden Kräfte nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, nach Menschenwürde und folger Selbstbestimmung. Begriffe, geboren in Mut und aufstehenden aus tausendfachen Leiden, ewig in ihrer Wahrhaftigkeit.

Diese Kräfte einer in Deutschland seltenen politischen und geistigen Leidenschaft sind unlängst gesammelt im Kurt Wolff-Verlag erschienen, und das Buch heißt: „Macht und Mensch“. Der Kampf zwischen einer Macht, die in todeswürdiger Verachtung den Menschen ganz ausschaltet, und seinem Aufstehen, Ringen, Verzweifeln, seiner gebeten Schmach und bewußten Hinführung, ist in diesen Sätzen unvergleichlich geschildert. Nicht etwa nur wegen des meisterlichen Stils, unvergleichlich wegen der gemessenen Grundidee: aus der Höhenabklärung imperialistischen Machtstaates und der Vergeltung des Nationalismus den Menschen zu retten, ihr mehr als Sinn und Ziel allen politischen Geschehens hinzustellen.

So beginnt das Buch 1910 mit dem Ruf des Geistes zur Tat. So schließt es, das ganze entscheidende Jahrzehnt umfassend, im Mai 1919: Mit der ungeheuren stillosen Verantwortung des geistigen Menschen vor der geschichtlichen Tat, der kaum begonnenen Entwicklung zu Neuem. In jener aufschüttelnden Bilanz, die „Kaiserreich und Republik“ überschrieben ist.

Dazwischen stehen die kleinen Geschehnisse und die großen Erkenntnisse. Die hinterweisenden Parallelen und die alles glanzvolle Wand aufweisenden Kontraste zum dem Wohlstand.

der Hohlheit und Kulturde des wilhelminischen Zeitalters. Das blutige Rot des Jahres 1914 überflammt die ersten Monate schon: Die Internationale der Rationalisten, die einzige, die siegreichen Bestand hatte, sucht mit Argwohn die Verhängung und findet Verhängnis haben wie drüben. In Frankreich erbebt Alfred Capus, ein literarischer Doulouvier, als neuer Chefbedakteur des „Figaro“, den Patriotismus chauvinistischer Objektivität als Weltanschauung; in dessen ein Jaures, ein Anatole France in düsterem Bangen sich abquälen, das Regiment der Balkanvölker der zivilisierten Welt fernzuhalten. Mit diesen geht Heinrich Mann, jenen wehrt er schweigend ab. Aber er weiß wohl, wovon sich jene bedroht und „politisch“ berauscht fühlen: von der Diktatur der organisierten Brutalität, dem preussischen Militarismus, dem die Affäre Babers zu einer nennenswerten Wochprobe wurde.

Dazwischen stehen die Aufzüge der Kriegsjahre. Unendliche Klage schamlos vergossenen Blutes dröhnt gegen den Himmel. Wägen preßt an der Kehle. Menschenmunde muß schweigen. Albenhalten. Nur die Äder und gelehnten Affen dürfen nach Kommando an die Käfiggitter springen und Haß und Verachtung brüllen. Eine herrliche, eine große Zeit! Ein paar Tapferer in Presse und Literatur tauchen der Vernunft vorzüglich einen Weg. Sehr vorzüglich muß man, wie der weiße Trapper unter Indianern, diesen Weg suchen. Vernunft konnte einen ins Irrenhaus oder ins Gefängnis bringen. Und Heinrich Mann findet einen Weg: er schreibt (1915) seinen großen, in dessen berühmten gewordenen Essay über Emile Zola. Regendein Literatur-Essay? Weileibe nicht. Eine aufpeitschende Parallele mit dem Frankreich des Kaiserreiches und dem Frankreich jener militärischen Kalmation, die zur großen, explosiven Reinigung in der sogenannten Dreifüß-Affäre führte. Zola ist der Held in diesem erregenden politischen Drama. Und der anscheinend harmlos literarische Aufsatz ist die klärende hinterweisende Verherrlichung einer wohlthätigen Demokratie, der Zola der Lehrer geworden. Auf den aus Schmerzen geblühten Ergußern erhebt sich das von einem deutschen Dichter geschaffene Monument des französischen. Und er ruft in die Verneinung: Hat sich diese arme zerquälte Menschheit nicht nach all dem Leiden endlich ihr bürgerliches Menschentum verdient!

Von der Art sind die Aufzüge des Krieges, deren eine ganze Reihe entstanden und gesammelt ist. Bei der Revolution steht er nicht den als notwendig begründeten Talsachen geistigen Vorden. Und dann zieht er in dem schon erwähnten letzten, größten Aufsatz das Fazit des Kaiserreiches und der ersten revolutionären Bewegung. Das ist noch den Erschütterungen der Münchener Kaiserrepublik, im Mai 1919. Und die Veröffentlichung wird bedachtam bis nach Friedensschluß hinausgeschoben.

Denn Berlin wird unerträglich und, nach Menschenmaß, gerechtes Gericht gehalten über ein Reich, in dem die Deutschen nie ganz wohnen: ein wichtiger Teil ihres Wesens blieb draußen“. Darin ganz zu Hause waren nur die Herrschenden und der „Anstehen“, wie Heinrich Mann schon seinen Roman von 1914 nannte, dem er jetzt die politische und kulturelle Dokumentierung gibt. Der Sturz dieses Kaiserreiches begräbt wahrhaftig nur eine fragwürdige Art des Deutschen, niemals das Deutsche. Und nur aus ungewissenhaft und leidenschaftlicher Liebe zu diesem Deutsch-

Faule Retourkutsche.

Münchener Schauermärchen der „Deutschen Tageszeitung“.

Vom „Vorwärts“ wurde vor einigen Tagen festgestellt, daß die sogenannte „kommunistische“ Putzsbewegung in Mitteldeutschland von rechtsbolshewistischen Drahtziehern geleitet und planmäßig angeleitet wird. In der rechtsstehenden Presse wurden unsere Angaben bezweifelt, aber der Fall Schröder-Wahnke erbrachte sofort den unwiderleglichen Beweis für unsere Behauptung. Die „Deutsche Tageszeitung“, in tödlicher Verlogenheit, lüchelt jetzt die Geschichte einfach umzudrehen und es ihrerseits so darzustellen, als würde die reaktionär-gegenrevolutionäre Bewegung von Linksradikalen ins Werk geleitet. Vom „Münchener Bürgertrat“, dem Zentrum der süddeutschen Gegenrevolution, läßt sich berichten:

Um aus den Gebieten, von welchen der gemeinsame Umsturz ausgeht, die Reichswehr möglichst wegzuziehen, sollen in größeren Städten des Nordens, wie Hamburg und Berlin, kleinere Linksputsche stattfinden, dann aber soll ein neuer Rechtsputsch in Szene gesetzt werden, ähnlich dem Kapp-Putsch. Dieser von Linksradikalen geleitet, mit Hilfe von politisch unreifen Heißspornen der Rechtsprekter unter der Decke geführte Rechtsputsch verfolgt lediglich den Zweck, dadurch für eine allgemeine Erhebung des Proletariats in allen sozialistischen Parteien die einigende Parole der „Gefahr der Republik und dem Recht der Arbeiter“ zu schaffen.

Ganz Bayern wird zurecht von den Drahtziehern des großen Umsturzes als besonders günstiger Boden betrachtet, um von hier aus diesen „maelirten“ Rechtsputsch loszulassen. Eine außerordentlich gewandte Persönlichkeit, welche früher in Amerika, dann in England als Spion tätig war und mit längeren Zuchthausstrafen bestraft ist, hat seit kurzem auf einem Reichsministerium einen Vertrauensposten als Agent provocateur inne und verfügt über große Geldmittel. Er tritt als Konradist und Reaktionär auf und sucht unüberlegte Elemente in den Putsch zu treiben.

Wenn auch die „Deutsche Tageszeitung“ vorsichtigerweise mit dieser faulen Retourkutsche am Freitag kommt, so dürfte sie doch wissen, daß selbst an diesem Tage solche Kumpelchais nur von 11 Uhr 60 bis Mittag gestattet sind. Diese rüberromantisch zurechtgemachte Sache wäre an sich viel zu albern, um sich damit zu befassen, wenn sie nicht doch ein wertvolles Jugeständnis enthielte: zum erstenmal gesteht die „Deutsche Tageszeitung“ ein, daß es auf der Rechten Elemente gibt, die auf einen neuen Putsch hinarbeiten und den Kapp-Putsch wiederholen möchten. Bis hier ist das von ihr stets geleugnet worden.

Die Sicherheitswehr im Ruhrrevier.

Wie die B. B. R. erfahren, sind Remscheid und Lennep gestern wieder mit Sicherheitswehr belegt worden. Das Beziehen der Kasernen verlief ohne jeden Zwischenfall.

Seit dem 17. Mai wurden durch Beschlagnahme und freiwillige Abgabe an Waffen eingebracht: 1661 Gewehre, 142 andere Handfeuerwaffen, 20 Maschinengewehre mit Ersatz- und Zubehörteilen, 1 Minenwerfer, 17 Minen, 118 000 Schuß Infanteriemunition, 666 Handgranaten, 68 Seitengewehre, sowie eine Menge anderer militärischer Kampfmittel.

770 neue Beamtenstellen. Im Zusammenhang mit der bayerischen Besoldungsreform hat die bayerische Regierung dem Landtag einen Stellenausweis vorgelegt, der für die verschiedenen bayerischen Ministerien 770 neue Beamtenstellen fordert.

Sozialistischer Gemeindevet in Sachsen. In Dresden trat gestern der sozialistische Gemeindevet zusammen. Bemerkenswert war der Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden, die eine Staatshilfe dringend notwendig mache. Es wurden unverzinsliche Vorschüsse für die Gemeinden gefordert. Der Gemeindevet verlangte einen Anteil an der Grundsteuer, sowie Einführung einer Gemeindefeuer, deren sämtliche Erträge den Gemeinden zugute kommen müssen. Zum Schluß wurde die dringende Forderung ausgesprochen, den Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Reichseinkommensteuer zu gewähren.

Das ist der Sieger von 1871. Der zweite Teil schildert den Befiegten. Die Niederlage trug für Heinrich Mann das Reich, wie es angelegt und sichtlich begründet war, von jeder in sich. Und bestieg war dieses Deutschland schon, als es mörderischem Wahnsinn alle Tore öffnete, mit Unrecht, Verwüstung, Raub und jeglichem widermenschenlichen Mittel der Herdrückung arbeitete, indes es „Sieg“ schrie. So kam der Abgang ohne Gleichen. So eine Revolution ohne Idee: das „Aufstehen und Sichschütteln des Befiegten“. Was sie vorband, waren verfallene Kraft, entwerteter Besitz.

Und er spricht von den Verirrungen, der asiatischen Epidemie des Volkseigentums, Niedertrab eines kranken Körpers, auf der einen Seite der rohen Hebung der Gewalt, auf der anderen Seite mit gleicher Abwehr. In jedem Worte bekennet er sich, ohne Liebsaugeln nach links und rechts, als der Demokrat echten Geistes, der die Notwendigkeit neuer sozialistischer Fundamentierung der Welt der Wirtschaft erfährt hat, aber in rein wirtschaftlichen die erst erwachsende Idee der Revolution und der aus ihr entstandenen Republik nicht erfinden sehen möchte. Die Geisigen ruft er darum zur Mitarbeit auf. Sie müssen endlich erkennen, an welcher Seite ihr Volk ist. In diesen harten Uebergängen zur Republik — denn noch ist sie nur dem Namen, nicht der Erfüllung nach da — gehören sie ohne Frage und Fanden an die Seite der kämpfenden, neu sich gebährenden, republikanischen Volkseinheit.

Heinrich Mann gehörte seit langem zu den Vorhergegangenen und Vorleufern. Er stand und steht zum kommenden Deutschland. Und das ist eine wahrhaft demokratische, von Geist und Gerechtigkeit erfüllte Welt. Sie kann nur aufgehalten, nicht mehr gestürzt werden.

Theater. Die Premiere von Oscar Wildes „Sunderby“ in der „Friede“ ist auf den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr, festgesetzt. In den Hauptrollen Karl Böhm, Paul Otto, Ernst Gerson und die Damen Sandt, Angerstein, Staub, Bolan.

Die Ausstellung „Neues Frauen“ im Cabinet Neumann, Kurfürstendamm 232, wird morgen geschlossen. Am 1. Juni Eröffnung der Plastik-Ausstellung von Johannes Schifferer.

Die Siebent-Andeutung der Paul Gessner wird am 28. Mai geschlossen. Vom 3. Juni ab Werke von Martin Bloch, Willi Romel und Augusta v. Jhents.

Bravo Wille spricht über Kunst, zweiter Teil, an vier Montagen, 7 Uhr, Dorotheenstr. 12 (Beginn 31. Mai).

Eine neue internationale Alpenbahn. Der Stadtrat von Riva beschließt, wie im „Vremesheus“ mitgeteilt wird, Riva mit dem Genfer See durch eine elektrische Bahn direkt zu verbinden. Die Strecke soll durch die französischen Seesälen gehen und quer durch die Gebirge Savoyens führen.

Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen.

Kopenhagen, 28. Mai. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Professor Frithjof Ransen, der sich gegenwärtig in Stockholm aufhält, hatte eine lange Besprechung mit dem Prinzen Karl, dem Chef des schwedischen Roten Kreuzes, über die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen in Russland und Sibirien. Aus dem Berichte Ransens geht hervor, daß sich die Kosten der Heimsendungsarbeit auf 1 1/2 Millionen Mark belaufen werden. Er hofft, daß die Hälfte der 200 000 deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien heimbeordert werden kann, ehe der Winter kommt.

Der Frankbund in Berlin. Wir werden um folgende Feststellung gebeten: Der in diesem Artikel erwähnte „Bankbeamte Bonnell“ ist der Professor der Landwirtschaftlichen Bank in Stettin Billy Bonnell und nicht der Obmann des Betriebsrates der Direktion der Diskonto-Gesellschaft Alfred Bonnell in Berlin.

Wah Haat. Justizrat Dr. Wah, der bekanntlich wegen der Eichhorn-Affäre aus der U. S. P. ausgetreten ist, hat den Ersten Vorsitzenden der U. S. P. Crispian wegen verleumderischer Behauptung verklagt. In der Klage will Justizrat Wah den Beweis für absichtliche Fälschungen Crispians antreten.

Irland. Die „Allgemeine Handelsblatt“ aus London meldet, erhielt ein Bataillon Hochländer in Aldershot Befehl, gestern nach Irland abzugehen. Drei weitere Bataillone werden angewiesen, sich zum sofortigen Abreisepunkt bereitzustellen. In Irland hat eine neue Brandstiftungskampagne eingesetzt. Die englische Regierung ist entschlossen, die Waffen- und Heeresguttransporte nach Irland durch Truppen und Seesoldaten ausführen zu lassen. Die Führer der Eisenbahner sollen sich entschließen, in dieser Frage die Meinung der Gruben- und Transportarbeiter zu hören.

Wilson's Kampf gegen das Parlament. Präsident Wilson hat gegen die kürzlich auch vom Repräsentantenhaus angenommene republikanische Entschließung zugunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland und Österreich sein Veto eingelegt. Wilsons Vorschlag, wonach Amerika das Mandat über Armenien übernehmen soll, wurde vom Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten mit 11 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Wirtschaft

Beschlagnahme der Getreideernte.

Auf Grund des Artikels 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 wird das im Reiche angebaute Getreide (Weizen, Gerste und Hafer), allein oder mit anderen Bodenerzeugnissen gemengt, mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es gewachsen ist. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Holm und die aus dem beschlagnahmten Getreide hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Grieß, Graupen, Grütze, Pfaden, Malz. Vor der Trennung vom Boden dürfen Kaufverträge über Getreide oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Getreide gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind, sind nichtig. Trotz der Beschlagnahme dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe von ihrem selbstgebauten Getreide in der Zeit vom 16. August 1920 bis zum 15. August 1921 zur Ernährung der Selbstversorger auf den Kopf an Weizengetreide monatlich 12 Kilogramm, an Gerste und Hafer monatlich je 5 Kilogramm verbrauchen, ferner zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke bestimmte Mengen, die sich auf durchschnittlich 150 Kilogramm auf den Hektar belaufen. Die Beschlagnahme endet mit dem freihändigen Eigentumserwerb durch die Reichsgetreidebehörde oder den Kommunalverband, für den die Vorräte beschlagnahmt sind. Abertreibungen dieser Verordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark geahndet.

Der Hibernienabschluss. Die Generalversammlung der Hibernia A. L. Ges., in welcher durch den Fiskus fast das ganze Kapital von 60 Millionen Mark vertreten war, setzte die Dividende für die Vorgussaktien auf 4 1/2 Proz. fest, während die Stammaktien zum ersten Male dividendenlos blieben. Die Versammlung beschloß, die Verwaltung zu ermächtigen, eine Anleihe bis zu 20 Millionen Mark aufzunehmen. Die Modalitäten der Ausgabe bleiben der Verwaltung überlassen.

Deutschlands Klavierexport nach Dänemark. Im letzten Jahre sind ungefähr 8000 Klaviere von Deutschland nach Dänemark eingeführt worden, während die normale Einfuhr früher nur 2500 Stück war. Dies hat bewirkt, daß die aufblühende dänische Klavierindustrie, die früher ebenso viele Klaviere herstellte wie eingeführt wurden, nunmehr fast zum Stillstand gebracht ist.

Günstige Entwicklung im Erdbeleggewerbe. Von der Generalversammlung des Berliner Expedientenvereins A. B. in Berlin. Während sich in den Kriegsjahren das Geschäft in mäßigen Grenzen hielt und auch zu Beginn des abgelaufenen Jahres noch keine Rentabilität erzielt werden konnte, setzte nach Inkrafttreten des Friedensvertrages ein lebhafter Geschäftsgang ein. Besonders befriedigend gestaltete sich bei dem Unternehmen das Lager- und Auslandsgeschäft. Das gütige Ergebnis kommt in der Dividende zum Ausdruck, die mit 20 Proz. für die Vorgussaktien und 21 Proz. für die Stammaktien von der Versammlung genehmigt wurde. Im laufenden Geschäftsjahre war die Beschäftigung gleichfalls außerordentlich groß, so daß ein günstiges Ergebnis in Aussicht gestellt werden kann.

Groß-Berlin

Die gekränkte Lokomotive.

Immer schwanzen wir wieder, wenn uns ein Sekundärbahnnetz begegnet. Wir schwanzen, aber wir zweifeln. . . Und dennoch, die meisten dieser humoristischen Schilderungen sind wahr, buchstäblich wahr! — Auch auf der Hauptbahn entwickeln sich solche Szenen, und das sogar in der Nähe des nächsten Berlin.

Strebe ich da neulich um die friedliche Mittagszeit vom nächsten Bahnhof aus in die nächstlichen Vororte, in der hinausdröhnenden Hitze erfrischungsbüchtig. Aber so kühl der Nord, so mollig der Mittag, und — so falsch meine Rechnung. Einfach glaube ich zu sein um diese Schlummerstunde, und traf am Zug ein Gewimmel wie nie zuvor im lebhaftesten Festtagsverkehr.

Längst blieb das Steinmeer der Großstadt zurück. Da, wieder ein Rest. Einige Leute sind am Ziel. Einige Leute und wir halten so lange? Reugierig reden wir die Hälse zum Fenster hinaus: Dort ein Menschenhäufel. Ein Kolbenmüller schleift einen Nachgast heran. Ihnen entgegen tritt ein zweiter Beamter: Unser Lokomotivführer! Schweiß und Ruh bedecken das erregte Gesicht. Scharf zugedrückt ist die eilig geordnete Uniform.

„Sie haben wie einen Vogel gequiegt.“ Ich redet der Führer unserer Lokomotive. — „Ja?“ — „Ja wohl, auf Bahnhof X, nachdem Sie im Hasen auf das Leitbleib gesprungen waren.“ — Der Ange-

Der Wahlkampf.

Brokdorff-Rankhaus Berufung.

Vom Gesandten Gen. Dr. Landsberg in Brüssel geht uns folgende Mitteilung zu:

Ebert, Scheidemann und ich hatten kein Interesse, Brokdorffs programmatisches Schreiben Haase, Dittmann und Barth vorzuenthalten. Nicht wir, sondern Haase drängte auf Erziehung Selbs durch einen anderen Mann, namentlich, seit Solf es abgelehnt hatte, Haase die Hand zu geben. Ich weiß, daß nach dem Eingang seines Schreibens Graf Brokdorff zu Ebert und Scheidemann sagte, er sei neugierig, was Haase und Dittmann dazu sagen würden. Das Schreiben ist im Rat der Volksbeauftragten verlesen worden. Die Kandidatur Brokdorffs wurde daraufhin aber nur von Barth bekräftigt.

Knüppel-Kunzes Kriegsheldentaten.

Das „Berl. Tgl.“ erhielt die nachstehende Zuschrift: Kürzlich las ich wieder im „Deutschen Wochenblatt“, wie Knüppel-Kunze auf jüdische „Druckbergerei“ und „Hanserei“ schimpft. Vielleicht interessieren Ihre Leser folgende Fragen und Antworten:

1. Wo hat Herr Richard Kunze vom Dezember 1915 bis zum Kriegsende für sein Vaterland geblutet?
2. Als was?
3. In welchem Unterstand hauste und vegetierte der Knüppelheld?
4. Aus welcher Heldtätigkeit mußte Herr Helden-Kunze — natürlich durch die tiefsten Kugelregen — sein Essen holen?
5. Er war, obwohl ortsfremder Soldat, als Selbstversorger eingetragen in Gardelegen.
6. Wer hatte in Gardelegen Ader gepachtet und denselben durch russische Gefangene bestellen lassen?
7. Herr „Heimatstappen-Kunze“.
8. Wer hat während der ganzen Zeit im „Schäufelgraben“ in

Kante ist verduht. Langsam erholte er sich von der Schwere der Beschuldigung. . . Dann — leugnet er! Man sieh's ihm an, er leugnet! — „Was wollen Sie von meinem Mann?“ kreischt unterstühend die Gattin und sucht den Geschnappten aus der Affäre zu retten. — „Sie haben wie einen Vogel gequiegt,“ beharrt der Führer unserer braven Lokomotive. Und richtig, unter der Wucht der zweimal wiederholten Behauptung sinkt der Angebeschuldigte zusammen, aber nur halb: „Ich habe einen anderen gemeint.“ — „Einen anderen? Dann ist es gut,“ entscheidet der Bekränkte klug, „dann können Sie gehen.“

Damit ist sie gerettet, die Ehre unserer Lokomotive, die es eilig hatte und zutiefst auf Kosten vielleicht des einen, der säumig war. . . Und weiter fahren wir mit sieben Minuten Verspätung. — Einmal schimpfen. Ueber Kleinlichkeit und Annäherung. Ich aber lache und werde wieder ernst und denke:

Der Mann gefällt mir. Er vertritt die Republik, ist ihr Beamter und läßt sich ungerührt nicht kränken.

Schützt die märkische Landschaft!

Wieder droht in der Nähe von Berlin eine rücksichtslose Landschaftsverwüstung. Wieder sollen die für Naturschönheit empfänglichen Bewohner Berlins und der östlichen Vororte um eine Freude ärmer werden. Zwischen Friedrichshagen und Hirschgarten liegt eine Wiesenebene, das sogenannte Erpetal. Das reizvolle Landschaftsbild war schon früher durch Abholungen beeinträchtigt worden. Jetzt aber wird nicht weit vom Bahnhof Hirschgarten auf einem etwa 20 Morgen großen Wiesenteil ein Torfstich angelegt.

Vogelreichtum erzeugt dieses Unternehmen bei den Bewohnern Friedrichshagens und Hirschgartens großen Verdruß. Die Torfstiche, die dort entstehen, werden dem Erpetal wahrlich nicht zur Freude gereichen. Befürchtet wird auch, daß sie mit dem sich darin sammelnden Sumpfwasser eine Brutstätte für Mücken abgeben und durch aufsteigende Dünste die Umgebung belästigen werden. Richtig ist, daß jede Möglichkeit, die Brennstoffknappheit zu mildern, ausgenutzt werden muß. Auch den einst so geschätzten Torf soll man heute nicht unbenutzt lassen, wenn auch sein Preiswert hinter dem der Kohle zurückbleibt. Aber neben dem zweifellos sehr wichtigen Gemeininteresse an der Neuerung der Torfstiche soll man doch die Notwendigkeit der Erhaltung eines schönen Landschaftsbildes nicht außer acht lassen. Auch hierbei handelt es sich um ein Gemeininteresse, dessen Wichtigkeit nicht unterschätzt werden darf. Fraglich kann scheinen, ob im Erpetal die Ausbeute an Torf so erheblich sein wird, daß sie in Anbetracht der Not dieser Zeit die Verwüstung der Landschaft aufwiegen könnte.

Das Landratsamt hat die Genehmigung zum Torfstich bereits erteilt. Die Gemeindevorwaltung von Friedrichshagen hat sich sofort mit einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten gewendet. Auf sorgfältigste wird geprüft werden müssen, ob wirklich eine nennenswerte Neuerung des Brennstoffes zu erwarten ist. Wir glauben das nicht. Dann muß aber mit allen Mitteln versucht werden, die Genehmigung rückgängig zu machen. Höher als das Gemeininteresse eines Unternehmers, der nur vorzeitige Verwertung seines Eigentums bezweckt, steht das Recht und die Pflicht des Volksganges, um die Schönheit der Landschaft zu erhalten.

Patentunterstellungen im Großen.

Als Verfäher von ungelassenen Postaussefern wurde ein Kaufmann Felix Walz von der Kriminalpolizei erklart und festgenommen. Walz lernte im Kriege einen jungen Mann kennen, der später als Aussefer bei einem hiesigen Postamt eingestellt wurde. Mit diesem setzte er sich in Verbindung, um ihn zu fortgeschrittenen Fälschungen zu verleiten. Er fertigte in großen Mengen Patentadressen und Begleitscheine aus und steckte sie dem Aussefer zu. Die Adressen enthielten Namen und Wohnungen von Angehörigen und Stiften einer großen Filmgesellschaft, bei der Walz früher beschäftigt war. Mit diesen Leuten knüpfte er frühere Verbindungen wieder an unter der Vorpiegelung, daß er jetzt ein reicher Mann sei und noch immer sehr lohnende Schiebergeschäfte mache. Unangenehm dabei sei ihm, daß der Empfang außerordentlich vieler Pakete ausfallen könnte. Er bat deshalb die Leute, für ihn die Sendungen anzunehmen. In Wirklichkeit stammten alle diese Pakete von einem Postamt, auf dem sie von verführten Aussefern unterzogen wurden. Durch den einen jungen Mann, den er von der Kriegszeit her kannte, hatte Walz auch Verbindung mit anderen gewonnen, die ebenfalls auf seine Vorschläge eingingen. Einer der Angetreuen holte von ihm händig die gefälschten Adressen und Begleitscheine ab und verteilte sie unter die anderen. Alle bestellten nun nicht nur von außerhalb ein-

Garbelegen engros gehamstert, so daß sogar der Lagerkommandant, Oberst Gruener, mit Einsperren drohte?

Familie „Helden-Kunze“.

7. Wer hat versucht, zusammen mit „Möbeln“ ein Engros-Samsterlager nach Berlin zu bringen, so daß eine Beschlagnahme seitens der Gemeindebehörden erfolgte?

Herr „Hamster-Kunze“.

8. Wer hat nach der Revolution noch, den 8-Uhr-Brühzug nach Berlin benutzend, etwa einen Zentner Fleisch- und Wurstwaren nach Berlin gebracht, trotz des Verbotes in Garbelegen, Fleischwaren auszuführen?

Familie „Hamster-Kunze“.

Wir möchten diesem Frage- und Antwortspiel noch folgende Frage hinzufügen: Warum ist Knüppel-Kunze Stadtverordneter der Deutschnationalen Volkspartei? — Weil diese das Sammelbeden aller kriegsbegeisterten Sinterfrontler und Etappenhelden ist, die vor dem Feind nicht zu sehen waren, aber gerne mit Knüppeln und Messern bewaffnet an friedlichen Bürgern ihr Mütchen kühlen — natürlich nur, wenn sie selber in der großen Mehrzahl sind.

Mein Sell am See! Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Bayern, Genosse Witternigg, wurde nach Bericht der „Vossischen Zeitung“ in Sell am See bei einer Schlägerei in einer Wahlversammlung der „Deutschsozialisten“ beranzig mißhandelt, daß er ein Krankenhaus aufsuchen mußte.

Aus der „Liberalen“ Volkspartei. Ein Kaufmann in Chemnitz wandte sich, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, am 23. März im Auftrage einiger Bekannten, die mit dem Programm der Deutschen Volkspartei sympathisieren, an deren Ortsleitung mit der Bitte um Auskunft, ob sie Deutsche jüdischen Glaubens als Mitglieder aufnehmen. Am 30. März erfolgte eine ausweichende Antwort. Auf eine neue Anfrage erklärte der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei in Chemnitz am 3. April, daß infolge der augenblicklichen Ueberfüllung Deutschlands mit ostjüdischen und fremdstämmigen Elementen und in Anbetracht der in dieser Beziehung ganz besonders gearteten örtlichen Verhältnisse die Mehrzahl unserer Mitglieder sich zurzeit gegen eine Aufnahme von jüdischen Mitgliedern ausgesprochen hat.

gebende, sondern auch in Berlin nach außerhalb aufgegebenen Pakete mit den neuen Adressen und gaben sie mit den neuen ausgehörigen Begleitkarten in den Verkehr, während sie die richtigen Adressen und Karten vernichteten. Durch diese umfangreichen Fälschungen und Unterschlagungen erhielt Walz soviel Waren aller Art, daß er in der Schönhauser Straße ein offenes Geschäft aufmachen konnte, um sie zu vertreiben. Obwohl die ungetreuen Aussefer sehr vorsichtig und in aller Heimlichkeit vorgingen, gelang es der Ueberwachung des Postamtes doch, ihnen hinter die Schliche zu kommen. Ein Aussefer wurde beim Verleihen eines Paketes überrascht und der Kriminalpolizei übergeben. Dieser legte der Etappe ein umfassendes Geländekundis ab, und so kam jetzt das ganze Treiben ans Licht. Walz und die ungetreuen Aussefer wurden verhaftet, ebenso noch andere, die von den Unterschlagungen wußten.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Auch die Charité erhöht ihre Kosten. Nachdem für die Berliner jüdischen Krankenhäuser eine Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten vom 1. Juni d. J. beschlossen ist, sind nunmehr auch Kostenerhöhungen für das Charité-Krankenhaus und die übrigen hiesigen Universitäts-Kliniken vom gleichen Tage ab die Kosten in der III. Verpflegungsklasse auf 9 M. für Erwachsene und 6 M. für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre erhöht worden. Die Kostenhöhe geht bei den obigen Universitätsanstalten in gleicher Weise für Berliner wie Nichtberliner.

Unbekannte Ertrunkene. An der Insel Baumwerder im Tegeler See wurde die nackte Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, der nur einige Tage im Wasser gelegen hat und anscheinend beim Baden ertrunken ist. Der nach der Halle des Tegeler Friedhofes gebrachte Tote ist etwa 20—25 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat mittelblondes Haar und am rechten Unterarm eine Narbe, welche ist mit einer weißen schwarzgestreiften Trikotbühse. — In der Charlottenburger Brücke wurde ferner aus dem Hohenbergkanal die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden. Der nach der Leichenhalle des Friedhofes GutsMuths-Wittenberg gebrachte Tote ist etwa 50—55 Jahre alt, mittelgroß, schwächlich, hat hellblondes kurz geschneitens Haar, ebenfalls langen Schnurbart, und ist bekleidet mit dunkelgrauer Weste, blauer Hose und alten Infanteriekleidern. Erkennner wollen sich bei der Tegeler Kriminalpolizei melden.

Wahlbeteiligung und Fürsorge für Heerenklasse. Die große Zahl der Reichswehrangehörigen, die auf Grund der Bestimmungen über die Heereverminderung am 15. d. M. entlassen wurden, aber nicht in die bereits am 16. Mai abgeschlossenen Wählerlisten namentlich aufgenommen sind, konnten bestimmungsgemäß an den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht mehr teilnehmen. Nach einer Mitteilung der Sammelstelle für Arbeitssuchende der Anstalt Wirtschaftsstab des Bezirks 3, Berlin NW. 52, Seehofstr. 1, wird demnach vom Ministerium des Innern eine Verfügung ergehen, die die nachträgliche Aufnahme der Heereentlassenen in die Wählerlisten gestattet. — Bei der Sammelstelle für Arbeitssuchende befinden sich gegenwärtig etwa 300 Entlassene, die in Zivilberufen unterzubringen sind. Da sich diese Zahl in nächster Zeit bis auf rund 1000 Mann erhöhen dürfte, ist die Frage der Bereitstellung einer hinreichend großen Anzahl Arbeitsstätten dringend. Arbeitgeber, die bereit sind, Leute in größerer oder geringerer Anzahl in ihren Betrieben, besonders auch außerhalb Berlins, einzustellen, werden gebeten, Angebote an obige Adresse zu richten.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50. Vortrag des Herrn Dr. W. Diez: Die Frau in den Dramen Aug. Strindberg. — Harmonium: Litanei (Schubert).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Freitag, 28. Mai:

Wahlkreis Prenzlauer Tor. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Brauerei Köhligsdorf, Schönhauser Allee. Ref.: Stadtrat Koblenzer. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung.

Wilmersdörfer. 7 1/2 Uhr bei Köhlig, Vortrag der Genossin Spließ-Karlshof.

Verbandsauschuß für Volk und Telegraphie. Versammlung in Kellers Keller, Bergstr. 69, der Kemmer D. V. D., G. 1, G. 2, R. 2, R. 4, R. 5 und Poststr. 100. Referent: Gen. Rat Götter.

Morgen, 29. Mai:

15. Abt. 8 Uhr Funktionär-Sitzung bei Groß, Blumenstr. 88.

31. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsleiter, Vertrauensleute und Wahlleiter bei Goldschmidt, Stolpestr. 30.

Vergleiche. 8 Uhr große öffentliche Wählerversammlung. Thema: „Auf zur Reichstagswahl!“ Referent: Parteileiter Wilf. Kohnsdorff. 7 1/2 Uhr bei Schick, Vortrag der Genossin Gertrud Gann

